

durch Bekanntmachung (R.-Gesetzbl. II. n. 5 vom 20. April 1854) folgende gesetzliche Vorschriften in Erinnerung gebracht:

1. Unterschriften proceßführender Parteien unter den Proceßvollmachten für Anwälde kann der Pfarrer mit dem Kirchensiegel (gegen eine Gebühr von 6 gr. Gold) beglaubigen.

2. In allen andern Fällen genügt die Beglaubigung nicht, um ein Document in öffentlich glaubhafter Form auszustellen.

3. In den Fällen, wenn gesetzliche Vorschriften oder Anordnungen der Gerichte nur Bescheinigungen verlangen, kann der Pfarrer solche zwar ausstellen, dieselben haben aber nicht die Kraft öffentlicher Documente, selbst nicht mit dem Kirchensiegel, sondern nur die Kraft von Privatzeugnissen, wie die Atteste andrer glaubhafter Privatpersonen.

4. Dies gilt aber (1—3) nur von Attestationen der Pfarrer, welche sich nicht auf Pfarramtsgeschäfte beziehen, wogegen alle Auszüge aus den Kirchenbüchern und sonstige, pfarramtliche Handlungen betreffende Atteste vom Pfarrer unter Beidrückung des Kirchensiegels in legaler Weise ausgestellt werden.

5. Die amtliche Correspondenz der Pfarrer hat nur Portofreiheit, wenn das Schreiben auf der Adresse als „Kirchensache“ oder „dienstlich, officiell“ bezeichnet und entweder der Name des Absenders und die amtliche Qualität hinzugefügt, oder das Schreiben mit dem Kirchensiegel verschlossen ist. Atteste der Kirchenältesten und Rechnungsführer geben keine Portofreiheit.

Durch Consist.-Circ. vom 11. December 1805 ist den Beamten und Predigern große Vorsicht bei Ertheilungen von Zeugnissen für die, welche Hebammen werden wollen, befohlen. (Verzeichniß III. 139. 73.)

Die Oldenburgische und Oesterreichische Regierung haben sich dahin vereint, daß künftig für alle obrigkeitlichen Scheine und Documente, namentlich Tauf-, Trau- und Todtenscheine, wenn sie im diplomatischen Wege von einer Oesterreichischen Behörde eingezogen werden, keine Gebühren bezahlt werden sollen. (Consist.-Circ. vom 16. März 1836.)